

# *Mut für Neues – Bielefelds Zukunft gestalten*

Koalitionsvereinbarung zwischen  
SPD, Bündnis 90/Die GRÜNEN und FDP  
in Bielefeld 2010 – 2014





***Mut für Neues –  
Bielefelds Zukunft gestalten***

Koalitionsvereinbarung zwischen  
SPD, Bündnis 90/Die GRÜNEN und FDP  
in Bielefeld 2010 - 2014



<b>Inhaltsverzeichnis:</b>		1
Präambel .....	6	2
I. Kinder, Jugend, Soziales und Arbeitsmarktpolitik .....	8	3
II. Schule und Sport .....	11	4
III. Umwelt/Klimaschutz, Stadtentwicklung und Verkehr .....	13	5
IV. Wirtschaft .....	17	6
V. Energie .....	20	7
VI. Kultur .....	22	8
VII. Eckdaten für die Haushaltskonsolidierung .....	24	9

## Präambel

### **Mut für Neues – Bielefelds Zukunft gestalten**

Bielefeld ist eine Stadt mit hoher Lebensqualität. Sie ist eine familienfreundliche Stadt und eine Stadt der Wissenschaft und der Bildung. Die Lage im Teutoburger Wald macht sie vor allem zu einer Stadt im Grünen mit attraktivem und erhaltenswertem Lebensraum. Diese Stärken wollen wir ausbauen, aber auch Potentiale stärker als bisher nutzen: im Interesse der Zukunftsfähigkeit unserer Stadt.

Die Auswirkungen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise haben allerdings unsere Handlungsfähigkeit erheblich eingeschränkt. Die angespannte Haushaltslage macht ein Umsteuern in der Finanzpolitik notwendig, damit die drohende Überschuldung der Stadt verhindert und Gestaltungsspielräume wieder nachhaltig entwickelt werden können.

Das Ergebnis der Kommunalwahlen 2009 hat eine Situation im Bielefelder Rat ergeben, die eine Mehrheitsbildung nicht einfach machte. Wir sind überzeugt, dass unsere Stadt in diesen schwierigen Zeiten eine stabile Mehrheit braucht, die die Kraft zu den notwendigen und sicherlich nicht immer populären Entscheidungen hat, die in den nächsten Jahren erforderlich sein werden. Die Koalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP ist entschlossen, gemeinsam mit dem Oberbürgermeister eine verantwortungsvolle und zukunftstaugliche Politik für Bielefeld zu gestalten. Wir wollen die Krise als Chance nutzen und nicht nur sparen, sondern trotz schwieriger Rahmenbedingungen die soziale und kulturelle Infrastruktur erhalten sowie nachhaltig wirksame Investitionen tätigen.

Insbesondere wollen wir

- die Bildungsstadt Bielefeld stärken und ausbauen;
- in Klimaschutz, den Ausbau regenerativer Energien sowie die Erweiterung des Stadtbahnnetzes investieren;
- den Wirtschaftsstandort Bielefeld stärker profilieren und die Grundlagen für nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und Neuansiedlung von Unternehmen schaffen;
- die soziale und familienfreundliche Stadt Bielefeld weiterentwickeln, indem wir die Leistungsverträge erhalten und die KiTa-Versorgung ausbauen;
- die kulturelle Vielfalt in unserer Stadt erhalten,
- und, indem wir das strukturelle Defizit bis 2014 abbauen, die finanzielle Handlungsfähigkeit wiederherstellen,.

Wir haben uns gemeinsam viel vorgenommen und wollen eine verlässliche Politik für diese Ratsperiode gewährleisten. In zahlreichen Runden von Fachpolitiker/innen der drei Fraktionen haben wir das vorliegende Arbeitsprogramm „Mut für Neues – Bielefelds Zukunft gestalten“ entwickelt. Es dient als Grundlage für die Arbeit der „Ampel-Koalition“ bis zum Ende der laufenden Ratsperiode.

Bielefeld, den .....

**Helga Gieselmann**  
UB-Vorstand SPD Bielefeld

**Georg Fortmeier**  
Vors. SPD-Fraktion

**Bernd Ackehurst**  
Vors. Bündnis 90/Die GRÜNEN

**Dr. Inge Schulze**  
Vors. Fraktion Bündnis 90/  
Die GRÜNEN

**Thomas Seidenberg**  
Vors. FDP KV Bielefeld

**Harald Buschmann**  
Vors. FDP-Fraktion

53  
54  
55  
56  
57  
58  
  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66  
67  
68  
69  
70  
71  
72  
73  
74  
75  
76  
77  
78  
79  
80  
81

82  
83  
84  
85  
86  
87  
88  
89  
90  
91  
92  
93  
94  
95  
96  
97  
98  
99  
100  
101  
102  
103  
104  
105  
106  
107  
108  
109  
110  
111  
112  
113  
114  
115  
116  
117  
118  
119  
120  
121  
122  
123  
124

## **I. Soziales, Kinder, Jugend und Arbeitsmarktpolitik**

Bielefeld soll eine „Stadt für alle“ bleiben. Deshalb wollen wir die Ausgrenzung von Gruppen verhindern und Kinder und Jugendliche in der Wahrnehmung von Bildungschancen unterstützen. Wir werden auch weiterhin eine präventive Sozialpolitik zum Abbau von Benachteiligungen sowie zur Vermeidung von zukünftigem Bezug von Transferleistungen gewährleisten.

Der Rat hat in den letzten Jahren Handlungsfelder für eine seniorenfreundliche, eine familienfreundliche sowie eine behindertengerechte Stadt erarbeitet und verabschiedet. Die daraus abgeleiteten Richtlinien sollen weiter bearbeitet und in Einzelschritten umgesetzt werden.

Notwendiges Sparen auf der einen und Aufrechterhaltung sowie Weiterentwicklung des sozialen Netzes auf der anderen Seite müssen gleichgewichtig die Leitlinien der Sozialpolitik bestimmen.

### **1. Kinder und Jugendliche**

Im Bereich der Kinder und Jugendlichen liegt unser Schwerpunkt bei einem bedarfsgerechten Ausbau der Betreuung von Unter-Drei-Jährigen.

- Hier halten wir, trotz der bekannten finanziellen Probleme, an dem Ziel fest, im Jahr 2013 eine Versorgungsquote von 35% zu erreichen.
- Die qualitative Weiterentwicklung der KiTas wollen wir ebenso wie den Ausbau von KiTas zu Familienzentren im Rahmen des finanziell Machbaren fortführen.
- Wir werden alle Maßnahmen auf ihre Umsetzbarkeit prüfen, die zu einer Erhöhung des Kostendeckungsgrades bei der Kinderbetreuung geeignet sind. Die Schaffung zusätzlicher BetriebsKiTas wollen wir unterstützen, wenn sich dadurch die Kosten nicht erhöhen.
- Die Sanierung der Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen soll im beschlossenen Umfang fortgeführt werden.
- Wir wollen dezentrale Beteiligungsformen von Kindern und Jugendlichen durch die Einrichtung quartiers- oder stadtteilbezogener Jugendforen ermöglichen.



- Die Ermöglichung bzw. Sicherung von Mobilität von Kindern und Jugendlichen ist eine zentrale Voraussetzung für deren Teilnahme am gesellschaftlichen Leben sowie an kulturellen und Bildungsangeboten. Wir wollen deshalb ein Bildungsticket einführen.

## 2. Soziales

Die Erreichung des Ziels vergleichbare Lebensbedingungen in Bielefeld zu schaffen erfordert stadtteil- und quartiersbezogene Maßnahmen. Neben bereits laufenden Projekten im Rahmen von „Stadtumbau West“ bzw. „Sozialer Stadt“ werden wir weitere Maßnahmen, die sich aus den im Lebenslagenbericht aufgezeigten Strukturen und Entwicklungen ableiten, auf den Weg bringen.

Hierbei setzen wir besonders auf folgende Maßnahmen:

- Frühe Hilfen für Familien, um Fehlentwicklungen mit hohen Folgekosten zu vermeiden.
- Weiterführung und Ausbau sozialer Frühwarnsysteme, um rechtzeitig und zielgerichtet unterstützen und helfen zu können.
- Kinderschutz durch Prävention sowie Förderung und Vernetzung bestehender Strukturen.
- Sozialraumorientierte und generationenübergreifende Bildungsförderung.
- Ausrichtung der Leistungsverträge mit freien Trägern auf Armutsbekämpfung und Integration.
- Ausgestaltung des Übergangs von Schule in den Beruf durch Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze an den Berufskollegs in Kooperation mit Betrieben und Ausbildungsträgern.
- Verbesserung der Mobilität für Inhaber/innen des Bielefeld Passes durch eine Erhöhung des Großkundenrabatts.

Im Rahmen eines gemeinsamen Leitantrags wollen wir unsere Ziele der Sozialpolitik für die laufende Ratsperiode bestimmen. Die Bekämpfung der Armut, insbesondere der Kinderarmut, und die Umsetzung des Integrationskonzepts der Stadt sollen dabei im Vordergrund stehen.

168 Den Umfang der über Leistungsverträge mit freien Trägern abgesicherten  
169 Summe (ca. 13 Mio. Euro) wollen wir auf dem Stand des Jahres 2009 für den  
170 Zeitraum 2010-2014 festschreiben. Wir wollen den Trägern in dem genannten  
171 Zeitraum Planungssicherheit geben und dementsprechend die Leistungsver-  
172 träge verlängern. Die Verträge, die Umschichtungspotential für die Armutsbe-  
173 kämpfung und Förderung der Integration aufweisen, werden zunächst um ein  
174 weiteres Jahr verlängert. Wir streben an, Veränderungen gemeinsam mit den  
175 Trägern der Angebote zu erarbeiten.

176

### 177 **3. Kommunale Arbeitsmarktpolitik**

178

179 In den letzten Jahren konnten im Bereich der kommunalen Arbeitsmarktpolitik  
180 wichtige Erfolge erzielt werden. Dies war nur erreichbar, weil die Struktur der  
181 Arbeitsgemeinschaft „Arbeitplus für Bielefeld“ kommunale Akzentsetzungen  
182 ermöglichte und in Verbindung mit der städtischen REGE (Regionale Per-  
183 sonalentwicklungsgesellschaft) sowie weiteren Trägern ein funktionierendes  
184 System kommunaler Akteure vorhanden war und weiterentwickelt wurde.

185

186 Wir werden deshalb die REGE und das „Jugendhaus“ auch in Zukunft nutzen  
187 und weiterentwickeln.

188

189 Falls es im Rahmen der derzeit auf Landes- und Bundesebene diskutierten Neu-  
190 orientierung der Arbeitsmarktpolitik die Möglichkeit geben sollte, Options-  
191 kommune zu werden, so kommt dies für Bielefeld dann in Betracht, wenn  
192 die kommunalen Einflussmöglichkeiten abgesichert und lokale Entscheidungs-  
193 spielräume gegeben sind sowie die Finanzierung auskömmlich gestaltet ist.

## **II. Schule und Sport**

### **1. Schule**

#### **Grundsätze**

Die Partner sind sich einig, ihre zukünftige Bildungspolitik an den individuellen Begabungen und Fähigkeiten der Kinder und Jugendlichen zu orientieren und dadurch mehr Chancengerechtigkeit zu erreichen. Die Partner vereinbaren,

- die Voraussetzungen zu schaffen, dass mehr Schüler/innen zu höheren Abschlüssen kommen und weniger Schüler/innen nach Klasse 9/10 die Schule ohne Abschluss verlassen
- den Ganzttag an allen Schulformen weiter auszubauen
- den Anteil von Schüler/innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf zu reduzieren und mehr gemeinsamen Unterricht (GU) zu ermöglichen
- das Angebot für Jugendliche ohne Schulabschluss zu verbessern.

Folgende konkrete Projekte werden vereinbart:

- Die Schulentwicklung in einem transparenten Prozess unter Beteiligung von Lehrer/innen und Eltern voranzubringen.
- An Grundschulen die räumlichen Voraussetzungen für den Ganzttag zu verbessern und ein Konzept für eine sinnvolle Konzentration von Schulen zu erarbeiten.
- Die Sprachförderung aus dem KiTa-Bereich für die weiterhin förderungsbedürftigen Kinder in der Grundschule fortzuführen.
- Die Zusammenarbeit von Grund- und Förderschulen zu unterstützen.
- Den Ganzttag auch an den Sekundarschulen auszubauen.
- Durch eine Initiative unter Einbeziehung von Eltern, und Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrern die Einrichtung von Stadtteilschulen im Ganzttag in Jöllenbeck und im Bielefelder Süden zu erreichen.
- Das BAJ als Ersatzberufskolleg zu entwickeln.

194  
195  
196  
197  
198  
199  
200  
201  
202  
203  
204  
205  
206  
207  
208  
209  
210  
211  
212  
213  
214  
215  
216  
217  
218  
219  
220  
221  
222  
223  
224  
225  
226  
227  
228  
229  
230  
231  
232  
233  
234  
235  
236

- 237 ■ Die Verwendung der Mittel der Schulpauschale zu überprüfen.  
238  
239 ■ Die Einrichtung einer 5. Gesamtschule in Bielefeld zu prüfen.  
240

## 241 **2. Sport**

### 242 **Grundsätze**

243 Das Gutachten „Grundlagen der Sportentwicklung in Bielefeld“ ist eine gute  
244 Basis für die zukünftige Entwicklung des Sports in Bielefeld.  
245

246 Die Partner vereinbaren, die Vorschläge des Gutachtens unter Einbeziehung  
247 des Stadtsportbundes im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten umzusetzen.  
248 Dazu gehören insbesondere  
249

- 250
- 251 ■ die Festlegung der Anzahl der benötigten Sportplätze
  - 252
  - 253 ■ eine Zielvorgabe für die Anzahl und die Verteilung der Kunstrasenplätze
  - 254
  - 255 ■ die Umsetzung der beschlossenen Kieselrotsanierung des Sportplatzes  
256 Stadtheide im Jahr 2010  
257
  - 258 ■ die Erstellung eines Sanierungskonzepts (einschl. Finanzierung) für kom-  
259 munale Sportstätten  
260
  - 261 ■ die Erarbeitung eines Entwicklungs- und Finanzierungskonzeptes der Frei-  
262 raumnutzung für Bewegungsaktivitäten  
263
  - 264 ■ die Schaffung beleuchteter Laufstrecken  
265
  - 266 ■ der Erhalt der Freibäder Gadderbaum und Schröttinghausen mit dem Ziel  
267 der Sanierung  
268
  - 269 ■ die Festlegung für Verwendung der Sportpauschale nach folgendem Schlüssel:  
270 20% der Mittel werden für Umsetzung von Maßnahmen im Bereich des ver-  
271 einsungebundenen Sports eingesetzt (Vereine können Angebote machen), 80%  
272 werden nach dem Schlüssel 60:40 verteilt auf kommunale Anlagen (60%) und  
273 vereinseigene Anlagen (40%). Bei der Sanierung kommunaler Anlagen werden  
274 diejenigen priorisiert, die auch intensiv von Vereinen genutzt werden.  
275
  - 276 ■ die Förderung der Jugendarbeit als Kriterium für die Zuwendung von finan-  
277 ziellen Mitteln bei der Verwendung der knappen finanziellen Ressourcen  
278 zum Unterhalt vereinseigener Anlagen  
279

### III. Umwelt/Klimaschutz, Stadtentwicklung und Verkehr/Mobilität

#### 1. Umwelt/Klimaschutz und Stadtentwicklung

##### Grundsätze

- Die Partner sind sich einig, dass konsequenter Klimaschutz hohe Priorität hat und auf der Basis des beschlossenen Handlungsprogramms der Stadt Bielefeld weiter entwickelt wird.
- Für künftige Verkehrsprojekte gilt, dass sie – soweit sie den Individualverkehr betreffen – auf der Basis des bestehenden Straßennetzes zu entwickeln sind.
- Die Überarbeitung des Flächennutzungsplans wird begonnen, dabei hat die Eindämmung des Flächenverbrauchs hohe Priorität.
- In künftigen Bebauungsplänen werden die Folgekosten für die Stadt standardmäßig ausgewiesen.
- Künftige Bebauungsgebiete sind im Rahmen bzw. arrondierend zu bestehenden Siedlungen und an den Trassen des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) zu entwickeln.
- Energetische Aspekte beim Bauen und Sanieren werden stärker als bisher berücksichtigt.

**Ziele:** Künftig soll in Bielefeld nur noch energieoptimiert gebaut werden, für die energetische Gebäudesanierung städtischer Gebäude sollen Standards definiert und der Einsatz erneuerbarer Energien verstärkt werden. Dazu zählen folgende Maßnahmen:

- In Bebauungsplänen werden künftig ökologische und energetische Standards, wie Südausrichtung oder Kompaktheit der Gebäude, festgelegt. Auch bei städtebaulichen Verträgen und für städtische Baumaßnahmen gilt in der Regel der Passivhausstandard, mindestens aber ein 20% niedrigerer Energieverbrauch als die aktuelle gesetzliche Regelung vorsieht. Das städtische Energieberatungsangebot für Investoren wird verstärkt.
- Künftig hat der Anschluss an Fernwärme oder Kraft-Wärme-Koppelung oberste Priorität. Ein Abweichen von dieser Regel muss begründet werden. Bei Neubaugebieten kann auch mit dem Element des Anschluss- und Benutzungszwangs gearbeitet werden.

280  
281  
282  
283  
284  
285  
286  
287  
288  
289  
290  
291  
292  
293  
294  
295  
296  
297  
298  
299  
300  
301  
302  
303  
304  
305  
306  
307  
308  
309  
310  
311  
312  
313  
314  
315  
316  
317  
318  
319  
320  
321  
322

323 ■ Der Einsatz erneuerbarer Energien ist bei allen Bau- und Sanierungsmaß-  
324 nahmen standardmäßig zu prüfen. Bis 2020 wird für alle solartechnisch  
325 geeigneten öffentlichen Dachflächen eine Solarnutzung angestrebt.

326

### 327 **Einzelprojekte:**

328

329 ■ Es besteht Einigkeit darin, das Technische Dienstleistungszentrum (TDLZ)  
330 am Standort Altes Kreishaus zu realisieren und dabei auf optimale Energie-  
331 standards achten.

332

333 ■ Der Hochschulcampus „Lange Lage“ soll entwickelt werden.

334

335 ■ Für die Altstandorte der Fachhochschulen soll zeitnah ein Konzept entwi-  
336 ckelt werden, das die nördliche Innenstadt einbezieht.

337

338 ■ Bei der Neugestaltung des Bereichs Neumarkt/Alte Post sollen die Elemen-  
339 te Kultur, Sondermärkte, Dienstleistung, Hotel, Wohnen berücksichtigt  
340 werden. Die Installation einer mobilen Eisbahn soll geprüft werden.

341

342 ■ Für den Jahnplatz einigen sich die Partner auf das Ziel einer deutlichen Re-  
343 duzierung des Individualverkehrs.

344

345 ■ Bei der Entwicklung des Quartiers Wilhelmstr. soll es einen Mix aus Einzel-  
346 handel, Wohnen, Dienstleistung und eventuell Hotel geben. Die notwen-  
347 dige Verkehrsberuhigung soll auch die Herforder Straße betreffen.

348

349 ■ Kesselbrink: Die Partner streben einen schnellstmöglichen Umbaubeginn  
350 (nach Vorliegen eines Förderbescheids) an. Ein Rückbau der umliegenden  
351 Straßen evtl. zugunsten von Parkplätzen ist zu prüfen.

352

353 ■ Die bereits beschlossenen und teilweise begonnenen Projekte Neugestal-  
354 tung des Johannisbergs, Umsetzung StadtParkLandschaft, Sanierung der  
355 Sparrenburg, werden umgesetzt.

356

357 ■ Untersee/Johannisbachaue: Es besteht Konsens darüber, dass die Planung  
358 des Untersees in den nächsten 5 Jahren nicht weiter verfolgt wird. Eben-  
359 so besteht Einigkeit, dass eine Finanzierung eines solchen Sees über Be-  
360 bauung dauerhaft abzulehnen ist. Die Partner verfolgen eine naturnahe  
361 Ausgestaltung der Johannisbachaue. Die bisher exzessive Freizeitnutzung  
362 ermöglichende Fläche an der Herforder Straße/Talbrückenstraße wird als  
363 landwirtschaftliche Nutzfläche bzw. als Fläche für Naherholung umgewid-  
364 met.

- Für den Obersee wird unter Einbeziehung der Umweltverbände eine teilweise Freizeitnutzung geprüft. 365  
366  
367
- Die weitere Offenlegung der Lutter wird unterstützt, die Entschlammung der Stauteiche soll erfolgen. 368  
369  
370
- Erweiterung Wahl und Co: Nach Vorliegen des Gutachtenergebnisses wird gemeinsam mit dem Betrieb eine einvernehmliche kreative Lösung gesucht, die sowohl den wirtschaftlichen Interessen des Betriebs, als auch den Belanges des Naturschutzes Rechnung trägt. 371  
372  
373  
374  
375
- Der Bebauungsplan für das Baugebiet „Brake West“ wird aufgehoben. 376  
377

## 2. Verkehr/Mobilität 378 379

### Allgemein 380 381

- Es besteht bei den Partnern Konsens darüber, das Konzept „moBiel 2030“ umzusetzen und darüber hinaus eine City-Ringbus-Linie, die Bahnhof, die künftige Stadtbibliothek, Kesselbrink, Jahnplatz und bisher schlecht erschlossene Bereiche des „Hufeisens“ umfasst, zu prüfen. 382  
383  
384  
385  
386  
387  
Bei moBiel 2030 priorisieren die Partner für diese Legislaturperiode die Planungen/Umsetzungen der Verlängerung der Uni-Linie auf die „Lange Lage“, die Verlängerung der Stadtbahn nach Hillegossen, die Planung der neuen Linie nach Heepen und die Verlängerung Linie 3 nach Theesen (mit der Verlängerungsoption nach Jöllenbeck). 388  
389  
390  
391  
392  
393
- Kurzfristig realisierbare Qualitätsverbesserungen im Netz des ÖPNV, die Behindertengerechtigkeit fördern oder Betriebsabläufe optimieren helfen, werden umgesetzt. Der Ausbau von Hochbahnsteigen (z. B. in Brackwede, Städtisches Klinikum) wird forciert. 394  
395  
396  
397  
398
- Es wird ein „Bildungsticket“ eingeführt (vorbehaltlich rechtlicher Prüfung), das allen Schülerinnen und Schülern ein hohes Ausmaß an Mobilität ermöglicht. 399  
400  
401  
402
- Es ist ein Leitkonzept für den LKW-Verkehr zu entwickeln und umzusetzen (z.B. Umfahrung Oldentrup und Brake, Sperrung der Bodelschwingh- und der Osningstraße für LKW über 7,5 t nach Fertigstellung der Detmolder Str.). 403  
404  
405  
406



- 407 ■ Tempo-30-Zonen sollen weiter ausgebaut werden.  
408  
409 ■ Zur Förderung des Radverkehrs soll wieder ein Fahrradbeauftragter (im  
410 Rahmen des personellen Bestandes, Festschreibung in der Arbeitsplatzbe-  
411 schreibung bzw. Dienststellenbeschreibung) eingesetzt werden.  
412  
413 ■ Der Dialog zwischen dem Amt für Verkehr, interessierten Bürgerinnen und  
414 Bürgern und Einrichtungen, wie dem Bürgerbüro für Verkehrssicherheit,  
415 soll im Rahmen eines Runden Tisches intensiviert werden.  
416

### 417 Einzelprojekte

- 418  
419 ■ B66n:  
420 Die B66n wird nicht gebaut, bzw. politisch weiter verfolgt. Das bereits be-  
421 schlossene „Grüne Band“ auf der Trasse der B66n wird ausgebaut. Bei der  
422 Überarbeitung des Flächennutzungsplans (FNP) wird die Trasse für künftige  
423 schienengebundene Verkehrsträger frei gehalten.  
424

### 425 Straßenprojekte in laufenden Verfahren:

- 426 ◆ Aus/Neubau Grafenheider Straße:  
427 Konsens: eine Verkehrsberuhigung für den Braker Ortskern soll zeitnah erreicht  
428 werden. Dazu ergeht der Auftrag an die Verwaltung, ein Konzept zu entwickeln.  
429 Über den Ausbau der Grafenheider Straße wird erst nach dem Umbau der  
430 Herforder Str. und dem Bau der L712n aufgrund der realen Verkehrsentwick-  
431 lung entschieden. Sollte die Grafenheider Straße ausgebaut werden, verpflich-  
432 ten sich die Partner eine gemeinsame umweltverträgliche Lösung zu finden.  
433 ◆ Für den Bauabschnitt 3 der Grafenheider Str. (zur Engerschen Str.) wird ein  
434 Planfeststellungsbeschluss angestrebt.  
435 ◆ Herforder Straße und L712n:  
436 die Partner einigen sich darauf auf der Basis der bestehenden Beschlusslage  
437 bei der weiteren Planung des Umbaus der Herforder Straße zu einer mög-  
438 lichst flächensparenden umweltverträglichen Lösung zu kommen. Für die  
439 L712n wird die bestehende Kreuzungsplanung mit dem Ziel der Verkleinerung  
440 überprüft.  
441 ◆ Ortsumgehung Ummeln:  
442 Auch hier sind sich die Partner einig, dass es gilt, bei der Realisierung der  
443 Umgehungsstraße das Höchstmaß an Natur-, Flächen- und Lärmschutz zu er-  
444 reichen. Daneben soll auch ein Verkehrsberuhigungskonzept für die Güterslo-  
445 her Straße in der Ortsdurchfahrt Ummeln entwickelt und umgesetzt werden.  
446 ◆ Ortsumgehung Oldentrup:  
447 Die Partner sind sich einig, zeitnah ein Verkehrsberuhigungskonzept für Ol-  
448 dentrup zu entwickeln und umzusetzen. Dabei sind Lösungen ohne größeren  
449 Straßenneubau zu finden.



## IV. Wirtschaft

Es ist das Ziel, Bielefeld als wirtschaftsfreundliche Stadt zu positionieren. Dazu gehört die Herausarbeitung der Stärken und Schwächen. Schwerpunkte der Bielefelder Wirtschaftspolitik sind:

### ■ Erhöhung der Anzahl der Arbeitsplätze.

Arbeitsplätze sind notwendig auf ganz unterschiedlichem Niveau. Durch die Verbesserung von Bildung und Ausbildung wollen wir mehr jungen Menschen die Möglichkeit geben, sich für qualifizierte Arbeitsplätze fit zu machen. Auch Absolventen der Hochschulen müssen Arbeitsplätze in Bielefeld finden. Ihre Ideen wollen wir für den Wirtschaftsstandort Bielefeld nutzbar machen. Deshalb unterstützen wir z.B. das „Startercenter“ von Industrie- und Handelskammer (IHK) und Handwerkskammer. Zukunftsfähige Leitbranchen wie Maschinenbau, Medizintechnik, Informationstechnologie, Logistik, Biotechnologie, regenerative Energie- und Nanotechnologie, Technologie zur Förderung der Elektromobilität wollen wir besonders fördern.

### ■ Akquisitionen und Bestandssicherung von Unternehmen mit hohem Gewerbesteueraufkommen bzw. -potentialen.

#### Voraussetzungen:

1. ein erfolgreiches Gewerbeflächenmanagement. Dazu gehören:
  - Sicherung bestehender Gewerbestandorte
  - Wiedernutzbarmachung von Altstandorten durch Gewerbeflächenrecycling. Hierbei sind die Möglichkeiten zur Nutzung der Fördergebietskulisse „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ aktiv zu nutzen.
  - Vermarktung vorhandener Reserveflächen und
  - Entwicklung und ggf. Erwerb von Gewerbeflächen (Gewerbeflächenbevorratung) auf der Grundlage von Natur-, Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Verkehrskonzepten. Damit Grundstücke tatsächlich verfügbar sind, kann es sinnvoll sein, dass die Stadt Eigentümer der Grundstücke wird. Für Gewerbeflächen, auch für solche, die sich im privaten Eigentum befinden, sind Zielvorgaben seitens der Stadt für zukünftige Nutzungen zu formulieren.

450  
451  
452  
453  
454  
455  
456  
457  
458  
459  
460  
461  
462  
463  
464  
465  
466  
367  
468  
469  
470  
471  
472  
473  
474  
475  
476  
477  
378  
478  
480  
481  
482  
483  
484  
485  
486  
487  
488  
489  
490  
491

492  
493  
494  
495  
496  
497  
498  
499  
500  
501  
502  
503  
504  
505  
506  
507  
508  
509  
510  
511  
512  
513  
514  
515  
516  
517  
518  
519  
520  
521  
522  
523  
524  
525  
526  
527  
528  
529  
530  
531  
532  
533  
534

- Interkommunale Zusammenarbeit

## 2. Flächenbevorratung

Die Partner verständigen sich darauf,

- für 2010 Mittel zum Ankauf von Flächen im Interkommunalen Gewerbegebiet bereitzustellen und die Voraussetzungen für eine schnelle Vermarktung durch die Schaffung von Planungsrecht zu erreichen.
- in 2011 weitere Mittel zum Erwerb von Gewerbeflächen zur Flächenbevorratung im Umfang von 25-30 ha zur Verfügung zu stellen.

## 3. Überarbeitung der Zuständigkeiten in der Wirtschaftsförderung mit dem Ziel einer verbesserten Akquisition und Bestandssicherung

## 4. Erarbeitung einer Tourismuskonzeption

## 5. Veranstaltungskonzept

## 6. Optimierung von Genehmigungsverfahren

## 7. Kulturförderung und Steigerung des Freizeitwertes

- Akquisition und Bestandssicherung müssen den Bedingungen der Umweltverträglichkeit genügen. Bei der Bestandssicherung ist insbesondere auf eine sorgfältige Abwägung von wirtschafts- und umweltpolitischen Zielsetzungen zu achten.
- Energetische Optimierung städtischen Eigentums und Initiierung privater Investitionen im Bereich der Energieeffizienz (vorwiegend durch Beratung) sind wichtige Elemente kommunaler Wirtschaftspolitik.
- Die städtische Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft (WEGE) ist zielgerichtet als Instrument der Wirtschaftsförderung weiter zu entwickeln.
- Anpassung der beruflichen Aus- und Fortbildung an die Arbeitsmarktsituation durch Vernetzung der Aus- und Weiterbildungseinrichtungen.
- Abstimmung der städtischen Beratungsaktivitäten mit denen der Kammern, um eine Optimierung der Angebotsstrukturen zu erreichen. Informationsdienstleistungen müssen aufeinander abgestimmt werden, um Kostensenkungen zu erreichen. Die bestehende OWL-Marketing GmbH soll zukünftig eine stärker koordinierende Funktion in unserer Region einnehmen. Im

Sinne einer regionalen Marketing-Strategie soll sie neue Initiativen entwickeln, die an vorhandenen Stärken der Städte und Kreise ansetzt, ohne in Konkurrenz zu bereits bestehenden Strukturen und Netzwerken zu treten. Ein Schwerpunkt der Arbeit soll hierbei die Akquise von Fördermitteln der EU bilden.	535 536 537 538 539 540
■ Keine Erhöhung der Hebesätze der Gewerbesteuer in konjunkturell schwierigen Zeiten. Erhöhung der Grundsteuerhebesätze nur bei gleichzeitigen erheblichen Einsparvolumen im Rahmen einer Gesamtkonzeption.	541 542 543 544
■ Auch in Zeiten einer schwierigen kommunalen Haushaltssituation wollen wir dafür sorgen, dass den Bürger/innen und den Unternehmen eine Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird, die für ihre Bedürfnisse hinreichend ist und gleichwohl bezahlbar bleibt. Einzelne Investitionen müssen insbesondere unter dem Aspekt ihrer Nachhaltigkeit, ihrer Wirtschaftlichkeit und ihrer Auswirkungen auf die kommunalen Klimaschutzziele beurteilt und abgewogen werden.	545 546 547 548 549 550
■ Bielefeld ist eine Stadt der Bildung. Diesen Standortfaktor wollen wir weiter profilieren und ausbauen. Wir sehen mit Zuversicht der Entscheidung über die Bewerbung der Stadt als „Stadt der Wissenschaft 2011“ und der Entscheidung über die Landesförderung für ein Biotechnologie-Zentrum entgegen. Neben dem Ausbau der „Langen Lage“ sehen wir in der Diskussion zur Erweiterung der Universität um eine Medizinische Fakultät große Chancen für unsere Stadt. Die Aktivitäten des Wissenschaftsbüros werden wir weiterhin unterstützen.	551 552 553 554 555 556 557 558 559 560 561

562  
563  
564  
565  
566  
567  
568  
569  
570  
571  
572  
573  
574  
575  
576  
577  
578  
579  
580  
581  
582  
583  
584  
585  
586  
587  
588  
589  
590  
591  
592  
593  
594  
595  
596  
597  
598  
599  
600  
601  
602  
603

## V. Energie

Es ist das Ziel der Stadt Bielefeld, ihren Anteil beizutragen, um das weltweit akzeptierte Ziel der Begrenzung der Erderwärmung auf 2 °C (bis 2050) zu erreichen. Dazu werden wir alle Anstrengungen unternehmen, um eine Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes bis 2020 um 40% gegenüber 1990 zu erreichen. Neben Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz ist dazu auch ein konsequenter Einsatz regenerativer Energien zur Strom- und Wärmeerzeugung notwendig. Bis 2050 soll ein vollständiger Verzicht auf die Verbrennung fossiler Rohstoffe erreicht werden.

Die Partner vereinbaren

- die Energieproduktivität um 3% pro Jahr zu steigern. Dies bedeutet, dass Energie 2020 doppelt so effektiv genutzt wird wie 1990. Im Zeitraum 2010 bis 2020 bedeutet das eine Steigerung der Energieeffizienz um 30%.
- die Umsetzung des Handlungsprogramms der Stadt Bielefeld zur Erreichung der Klimaziele bis zum Jahr 2020,
- weitere Maßnahmen zur energetischen Sanierung im kommunalen Gebäudebestand,
- die Steigerung der erneuerbaren Energien im Wärmesektor bei Neubauten auf 14%,
- die Erweiterung und den Ausbau der Fernwärme sowie die Installation dezentraler Nahwärmeinseln,
- den Ausbau dezentral installierter Mini-Blockheizkraftwerke.

Die Stadtwerke Bielefeld sind unser wichtigster Partner bei der Erreichung der Klimaschutzziele. Deshalb wollen wir eine vollständige Rekommunalisierung der Stadtwerke und werden den begonnenen Prozess zum Rückkauf des 49,9%-igen Anteils der Stadtwerke Bremen konsequent weiterführen, wenn dieser sich wirtschaftlich rechnet.

Die Stadtwerke Bielefeld sollen weiter in der Stromerzeugung verbleiben. Sie werden, um den kontinuierlichen Ersatz konventioneller Energieträger durch alternative Energien und einen Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung von mindestens 30% zu erreichen,

■ massive Investitionen in Windkraft in On- und Offshoreanlagen vornehmen,	604
	605
	606
■ das in Bielefeld vorhandene Biogaspotential von 6% des derzeitigen Erdgasverbrauchs kontinuierlich erschließen,	607
	608
	609
■ den Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung an der Stromerzeugung verdoppeln,	610
	611
	612
■ Investitionen in neue Erzeugungskapazitäten auf der Basis von Kohle nur dann vornehmen, wenn eine CO <sub>2</sub> -Abtrennung und Speicherung gesichert ist.	613
	614
	615
	616
Stadt und Stadtwerke verpflichten sich, die mobilitätsverursachten CO <sub>2</sub> -Emissionen zu verringern.	617
	618
	619
Dazu werden sie	620
	621
■ Anstrengungen zur verstärkten Nutzung der Elektromobilität vornehmen und	622
	623
	624
■ die Umsetzung des Konzepts moBiel 2030 voranbringen.	265
	626
Für jede Maßnahme sind die Auswirkungen auf die Ergebnisse der Stadtwerke Bielefeld zu ermitteln. Mindestanforderung: keine dauerhaft negativen Ergebnisbeiträge einer Maßnahme.	627
	628
	629
	630
Die Beteiligung am Gemeinschaftskraftwerk Veltheim (Kohle und Gas) soll erhalten bleiben.	631
	632
	633
Das Gemeinschaftskraftwerk Grohnde soll bis 2018, bzw. bei Laufzeitverlängerung durch Änderung der Beschlusslage, bis zum Laufzeitende genutzt werden. Wirtschaftliche Vorteile aus diesen Kraftwerken werden von SWB genutzt, um verstärkt in erneuerbare Energien zu investieren und Energieeffizienzmaßnahmen umzusetzen.	634
	635
	636
	637
	638
	639

## VI. Kultur

Die Attraktivität unserer Stadt wird stark bestimmt durch die kulturelle Landschaft mit ihren Institutionen Theater und Museen, durch ihre Kunst- und Musikszene, durch die freie Kulturszene sowie Angebote für unterschiedliche Zielgruppen. Kunst und Kultur sind darüber hinaus wichtige Standortfaktoren. Mit ihrer Hilfe werden Arbeitsplätze geschaffen und Menschen an unsere Stadt gebunden.

Kultur lebt von der Kreativität und dem Engagement der Kulturschaffenden, andererseits braucht sie die finanzielle Unterstützung unserer Stadt. Um auch in finanziell schwierigen Zeiten ein breites und vielfältiges Kulturspektrum erhalten zu können, wollen die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die GRÜNEN und FDP durch einen Kulturentwicklungsplan eine zielführende Perspektive aufzeigen. Bei der Erarbeitung dieser Perspektive streben wir eine Zusammenarbeit mit der Universität, etwa dem Projekt Bielefeld 2000Plus, sowie weiteren Organisationen im Kulturbereich an.

Die Fraktionen streben folgende Ziele an:

- Nutzung von Synergieeffekten innerhalb der Verwaltung von kommunalen Institutionen, stärkere Zusammenarbeit von Kultureinrichtungen und Schulen bzw. KiTas u.a.
- Schaffung eines Museumsverbundes,
- Vorausschauende Immobilienpolitik in Hinblick auf Kooperationsmöglichkeiten,
- Einbindung privater Dritter (z.B. Stiftungen) zur Angebotserweiterung,
- Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit, um ein qualitativvolles Niveau zu erhalten und eine stärkere Profilierung der Kulturregion OWL zu erreichen,
- Festlegung von Standards für die Zukunft der Kultur in unserer Stadt,
- Stärkung der kulturellen Bildung z.B. durch das Projekt „Jedem Kind sein Instrument“ und Förderung der Theaterpädagogik,
- In geeigneter Weise Planungssicherheit für die freien Kulturszenen zu schaffen.

Bei der Umsetzung dieser Ziele muss beachtet werden, dass im Konsolidierungszeitraum 2010-2014 auch im Kulturbereich finanzielle Einschränkungen notwendig werden.

Am Umzug der Stadtbibliothek und des Stadtarchivs in ein „Haus der Bildung“ am Neumarkt halten wir fest. Um dem Theater auch weiterhin Planungssicherheit zu geben, wollen wir den städtischen Zuschuss auf der Basis des Jahres 2009 für den Konsolidierungszeitraum bis 2014 festschreiben. Erwirtschaftete Einnahmesteigerungen verbleiben im Budget des Theaters. Gleiches gilt für die Musik- und Kunstschule.

Bei der Realisierung der beschriebenen Ziele sitzen Kulturschaffende, Kulturpolitiker/innen, Kulturverwaltung und Bürger/innen in einem Boot. Die Interessen der unterschiedlichen Akteure sind zu formulieren, abzuwägen und vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Gegebenheiten in Einklang zu bringen. Hierzu sind Engagement, Kreativität sowie die Bündelung von Interessen z.B. im „Kulturpact“ unverzichtbar.

682  
683  
684  
685  
686  
687  
688  
689  
690  
691  
692  
693  
694  
695  
696  
697  
698  
699

## VII. Eckdaten für die Haushaltskonsolidierung

Die Städte und Gemeinden befinden sich zurzeit in einer tiefgreifenden Finanzkrise. Auch in Bielefeld ist die Situation dramatisch: der Jahresabschluss 2009 weist ein Defizit in Höhe von ca. 150 Mio. Euro aus. Für das laufende Jahr muss mit einem ähnlichen hohen Fehlbedarf gerechnet werden. Ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) ist nach derzeitigem Stand unvermeidlich. Es sind alle Bemühungen hinsichtlich eines genehmigungsfähigen HSKs zu unternehmen.

Um die gute Angebotsstruktur der Stadt aufrecht erhalten zu können, die Armut zu bekämpfen, den notwendigen Ausbau der Kinderbetreuung sowie die Verbesserung der Bildungslandschaft zu erreichen, die Maßnahmen zum Klimaschutz fortzusetzen, den Ausbau des ÖPNV zu forcieren und die Wirtschaft zu fördern, müssen bereits im laufenden Jahr, insbesondere jedoch im Doppelhaushalt 2010/11 und im Haushaltssicherungskonzept, tiefgreifende und nachhaltig wirkende Konsolidierungsmaßnahmen ergriffen werden. Mit mehr als 350 Mio. Euro hat die Summe der Kredite zur Liquiditätssicherung in diesem Jahr in Bielefeld ein Rekordniveau erreicht. Der weitere Anstieg der Kassenkredite muss dringend gebremst werden.

1. Ziel ist es, bis zum Jahr 2014 das strukturelle Defizit des städtischen Haushalts in Höhe von ca. 40 Mio. Euro auszugleichen. Konjunkturbedingte Steuermehreinnahmen sind zur weiteren Haushaltskonsolidierung zu verwenden.
2. Haushaltskonsolidierung findet sowohl auf der Aufwands- als auch auf der Ertragsseite statt. Bereits im Jahr 2010 sind neben den von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen weitere erhebliche Einsparungen notwendig. Bis 2014 sollen mehr als 20 Mio. Euro auf der Aufwandsseite eingespart werden. Mit dem Beschluss zur Erlössteigerung soll die Verwaltung Beschlussvorschläge zur Reduzierung des Aufwandes in mindestens der gleichen Höhe vorlegen.

Die Aufstellung des Doppelhaushalts sowie des HSKs soll sich an folgenden Vorgaben orientieren:

- die Höhe der steuerbaren Personalkosten wird bis 2014 auf dem Niveau von 2009 eingefroren. Tarifsteigerungen sind im Budget aufzufangen, Fluktuationen sollen zu Stellenreduzierungen genutzt werden. Betriebsbedingte Kündigungen sind ausgeschlossen.
- weitere Konsolidierungsbeiträge sollen auf Vorschlag der Verwaltung durch



Veränderungen in Verwaltungsstrukturen erbracht werden. Standards sind auf gesetzliche Vorschriften abzusenken.	744
	745
	746
– Doppelstrukturen bei der Aufgabenerledigung sind abzubauen.	747
	748
– die von der Stadt beeinflussbaren Sachausgaben, Zuschüsse an private Dritte sowie Betriebskostenzuschüsse sind ebenfalls bis 2014 auf dem Niveau des Jahres 2009 bzw. auf der Basis geltender Verträge festzulegen. Neu abzuschließende Verträge sind mit einer Sonderkündigungsmöglichkeit für die Stadt zu versehen. Bestehende Verträge müssen entsprechend nachverhandelt werden.	749
	750
	751
	752
	753
	754
	755
– die absehbar nicht mehr benötigten Friedhofserweiterungsflächen sind einer anderweitigen Nutzung zuzuführen,	756
	757
	758
– das Schulbausanierungsprogramm soll für die noch nicht begonnenen Maßnahmen gestreckt, die sinnvolle Konzentration von Schulstandorten soll vorangetrieben und bei der Umsetzung des Sportstättenentwicklungsplans sollen nicht mehr benötigte Sportstätten neuen Nutzungen zugeführt werden.	759
	760
	761
	762
	763
	764
– es soll ein Kulturentwicklungsplan mit dem Ziel erarbeitet werden, Optimierungspotenziale für die einzelnen Einrichtungen darzustellen, zu leistungsfähigeren Einheiten zu kommen und Einsparungen zu erzielen. Die Einbeziehung Dritter zur Aufrechterhaltung der kulturellen Infrastruktur soll geprüft werden.	765
	766
	767
	768
	769
	770
– eine Ausweitung der interkommunalen Zusammenarbeit und die weitere Zusammenführung von Dienstleistungen in kommunalen Betrieben und Gesellschaften werden angestrebt.	771
	772
	773
	774
– nicht begonnene Baumaßnahmen sind unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit, der Nachhaltigkeit bzw. ihrer Notwendigkeit zu prüfen.	775
	776
	777
3. Der Hebesatz der Gewerbesteuer soll in der schwierigen konjunkturellen Lage nicht erhöht werden. Die Gebühren und Entgelte sind im Rahmen des gesetzlich Möglichen anzupassen, die Entgelte und die KiTa-Gebühren sind weiterhin sozial verträglich zu gestalten. Eine Grundsteuererhöhung ist im Rahmen des vom Oberbürgermeister vorgeschlagenen Umfangs nicht zu vermeiden.	778
	779
	780
	781
	782
	783
	784
4. Vor dem Hintergrund der dramatischen Haushaltssituation müssen die städtischen Beteiligungen optimiert werden, d.h. die Verluste sind zu redu-	785
	786

789 zieren und die Erträge in höherem Maße als bisher dem städtischen Haus-  
790 halt zur Verfügung zu stellen. Dabei sind auch alle Steueroptimierungs-  
791 möglichkeiten auszuschöpfen.

792

793 5. Trotz aller finanziellen Probleme wird die Stadt bzw. werden die städtischen  
794 Betriebe und Unternehmen auch weiterhin im Rahmen ihrer Möglichkeiten  
795 investieren und dadurch Arbeitsplätze in Bielefeld sichern.

796

797 Investitionen werden schwerpunktmäßig in folgenden Bereichen erfolgen:

798

799 ■ energetische Sanierung von Verwaltungsgebäuden und weitere Maßnah-  
800 men zum Klimaschutz

801

802 ■ Bau eines Technischen Dienstleistungszentrums

803

804 ■ Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs

805

806 ■ Investitionsmittel zum Erwerb und Entwicklung von Gewerbeflächen

807

808 ■ Umsetzung der beschlossenen Schulbaumaßnahmen (insbes. Max-Planck-  
809 Gymnasium, Maria Stemme Berufskolleg, Schulzentrum Heepen)

810

811 ■ Umzug der Stadtbibliothek und des Stadtarchivs in das neue „Haus der  
812 Bildung“

813

814 ■ Umbau des Kesselbrinks (bei Vorliegen der Förderzusage).



**SPD**

Unterbezirk Bielefeld  
Geschäftsstelle  
Arndtstr. 8  
33602 Bielefeld

**Bündnis 90/Die GRÜNEN**

KV Bielefeld  
Geschäftsstelle  
Kavalleriestr. 26  
33602 Bielefeld

**FDP**

KV Bielefeld  
Geschäftsstelle  
Prinzenstr. 14  
33602 Bielefeld

**SPD-Fraktion**

Niederwall 25  
33602 Bielefeld

**Fraktion Bündnis 90/  
Die GRÜNEN**

Niederwall 25  
33602 Bielefeld

**FDP-Fraktion**

Niederwall 25  
33602 Bielefeld

